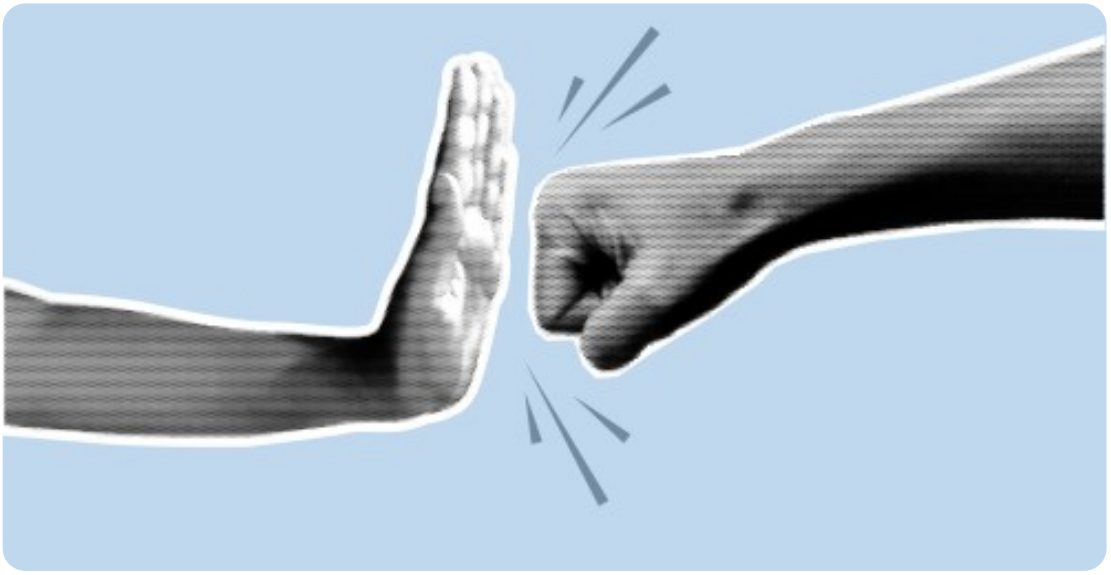
PRESSEMITTEILUNGEN 19.06.2026

Die Politik macht es sich zu einfach: Chirurgieverbände fordern nachhaltige Effizienzsteigerungen anstatt pauschaler Sparmaßnahmen



Berlin und Frankfurt am Main, den 19.06.2026 – Die geplanten Sparmaßnahmen im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes gefährden zusammen mit den Auswirkungen der Krankenhausreform die chirurgische Versorgung in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kamen der Berufsverband der niedergelassenen Chirurgen e.V. (BNC) und der Berufsverband der Deutschen Chirurgie e.V. (BDC) im Rahmen ihrer gemeinsamen Strategietagung Mitte Juni in Frankfurt.

Besonders kritisch sehen BNC und BDC die geplante Budgetierung ambulanter Leistungen. Bereits heute kündigten erste chirurgische Praxen an, ihr Leistungsangebot für gesetzlich Versicherte reduzieren zu müssen, wenn die vorgesehenen Budgetdeckelungen umgesetzt werden.

„Wenn die Politik die Finanzierung weiter begrenzt, wird sich dies unmittelbar auf die Versorgung von Patientinnen und Patienten auswirken", erklärt Jan Henniger, geschäftsführender Vorsitzender des BNC. „Weniger verfügbare Termine, längere Wartezeiten und Einschränkungen im Leistungsangebot sind die zwangsläufige Folge einer politisch gewollten Unterfinanzierung. Gleichzeitig steigt der Versorgungsbedarf einer älter werdenden Bevölkerung stetig an. Diese Entwicklung ist besorgniserregend."

Besonders widersprüchlich erscheint den Verbänden die aktuelle Diskussion um die Ambulantisierung. „Seit Jahren fordert die Politik die Verlagerung geeigneter Leistungen aus dem Krankenhaus in den ambulanten Bereich. Gleichzeitig sollen ambulante Operationen nun aber budgetiert werden. Das passt nicht zusammen", sagt Dr. Ralf Schmitz, Referatsleiter Niedergelassene Chirurginnen und Chirurgen im BDC. „Ambulantisierung braucht Investitionen, Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Wer diese Voraussetzungen entzieht, gefährdet den Erfolg der eigenen Reformen."

Statt pauschaler Sparmaßnahmen fordern die Verbände nachhaltige Effizienzsteigerungen durch gezielte Strukturreformen, insbesondere den Abbau bürokratischer Hürden, wie von der schwarz-roten Regierung zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt.

Kritisch bewerten BNC und BDC in dem Kontext die geplante Ausweitung der Prüfungen durch den Medizinischen Dienst (MD). Zusätzliche Prüf- und Dokumentationspflichten führten zu weiterem Verwaltungsaufwand und stünden damit im Widerspruch zum angekündigten Bürokratieabbau.

„Jede zusätzliche Prüfung bindet ärztliches und pflegerisches Personal, das eigentlich für die Versorgung von Patientinnen und Patienten benötigt wird", betont Professor Dr. Carolin Tonus, Sprecherin der Landesverbandsvorsitzenden und Regionalvertreter des BDC.

Insbesondere im ambulanten Bereich beobachten die Verbände eine zunehmende Verunsicherung durch MD-Prüfungen im Zusammenhang mit Hybrid-DRG-Leistungen. „Viele Praxen berichten von unklaren Prüfkriterien und fehlenden Ansprechpartnern bei Rückfragen", so Henniger. „Nur Transparenz über die Prüfkriterien des MD kann dort Rechtssicherheit schaffen. Die derzeitige Situation führt eher zu Verunsicherung als zu Investitionsbereitschaft."

BNC und BDC fordern deshalb:

- Effizienzsteigerungen anstatt Sparmaßnahmen
- eine Rücknahme der geplanten Budgetierung im ambulanten Bereich
- die Finanzierung der politisch gewollten Ambulantisierung statt ihrer wirtschaftlichen Schwächung
- einen wirksamen Bürokratieabbau in Krankenhäusern und Praxen
- transparente und nachvollziehbare Prüfverfahren des Medizinischen Dienstes
- Planungssicherheit für Investitionen in ambulante und sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen,
- die vollständige Bundesfinanzierung versicherungsfremder Leistungen

Ob Krankenhaus, Praxis oder Medizinisches Versorgungszentrum: Die Chirurgie in Deutschland übernimmt als Einheit Verantwortung für die operative Versorgung von Patientinnen und Patienten. Die Politik ist gefordert, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen – nicht durch neue Belastungen, sondern durch Lösungen, die medizinische Versorgung ermöglichen, lautet das gemeinsame Fazit der chirurgischen Berufsverbände.

Über den Berufsverband der Deutschen Chirurgie e.V. (BDC)

Der Berufsverband der Deutschen Chirurgie e.V. ist mit rund 16.500 Mitgliedern europaweit die größte chirurgische Vereinigung. Er repräsentiert Chirurginnen und Chirurgen aller Fachdisziplinen in Klinik und Praxis in Deutschland.

Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
BDC: Olivia Päßler
Tel: 030/28004-203
paessler@bdc.de

Über den Berufsverband niedergelassener Chirurgen e.V. (BNC)

Der BNC ist der Berufsverband der freiberuflichen Chirurginnen und Chirurgen in Deutschland, deren Interessen er durch einen Bundesvorstand sowie 20 regionale Landesverbände (ANC) vertritt. Er engagiert sich für die Aus- und Weiterbildung seiner Mitglieder und setzt sich für eine Förderung der ambulanten chirurgischen Behandlung sowie des interdisziplinären Austauschs ein. Der Verband führt hierzu auf Bundesebene den Dialog mit Politik, Krankenkassen, Wirtschaft und anderen Berufsverbänden.

Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
BNC: Caroline Backes
Tel: 0177 834 6269
presse@bncev.de
www.bncev.de